



Damit die freiwilligen Feuerwehren künftig nicht mit dem Rücken zur Wand stehen, sollen verstärkt ältere Mitglieder besser eingebunden werden. Foto: Schlüter

Senioren sollen Feuerwehr helfen

Ministerium und Verband starten neue Imagekampagne und setzen auf Einsatzkräfte über 65 Jahre

Von Heino Schüttele

Stuttgart. Mehr Senioren für die Feuerwehr, heißt das Motto. Innenministerium und Landesfeuerwehrverband werben mit der Kampagne »Feuerwehr 65 plus« um ältere Mitglieder. Sie sollen den jüngeren den Rücken freihalten.

Beim Landesfeuerwehrtag vom 22. bis 30. Juni in Stuttgart wollen die Verantwortlichen die neue Imagekampagne in den Blickpunkt rücken. Sie halten das für einen guten Zeitpunkt: Der Landesfeuerwehrverband Baden-Württemberg feiert in diesem Jahr seinen 150. Geburtstag. Ein passender Zeitpunkt, um sich fit zu machen für die demografischen Herausforderungen.

Die Lebenserwartung in Deutschland steigt. Die Fitness der älteren Generation ebenso. Das Renteneintrittsalter ist geklettert. Was die

Zukunft der Feuerwehren betrifft, rechnet der baden-württembergische Feuerwehrpräsident Frank Knödler sorgenvoll vor: »Die demografische Entwicklung von Deutschland stellt auch die Feuerwehren vor große Herausforderungen. Die Altersgruppe der 15- bis 40-Jährigen, also die Gruppe, aus der sich die Feuerwehren im Wesentlichen rekrutieren, wird von 34 Millionen im Jahr 1990 über heutige 30 Millionen auf 26 Millionen im Jahr 2030 sinken.«

Knödler will daher die Jugendarbeit stärken, fordert die Feuerwehren und Kommunen dazu auf, verstärkt auch auf sogenannte Kinderfeuerwehren zu setzen. Und vor allem schwört er nun auch auf die neue Kampagne »65 plus - Senioren aktiv in unseren Feuerwehren«.

Für Innenminister Reinhold Gall (SPD) ist die Feuerwehr schon jetzt ein erfolgreiches Generationenprojekt. Im Kreis der Feuerwehr, so der Minister, finde jeder Mensch, egal welchen Alters »ein so-

ziales Umfeld, das von gelebter Kameradschaft und Achtung geprägt ist«. Dazu komme, dass die Feuerwehr verstärkt zu einem kommunalen Dienstleister geworden sei, der in der Gemeinde oder in der Stadt eine Fülle von Aufgaben wahrnehme.

»Win-win-Situation« für alle Generationen?

Aus gutem Grund habe der Gesetzgeber bislang für die Einsatzabteilungen in Baden-Württemberg die Altersgrenzen zwischen 17 und 65 festgesetzt. Vorgeschaltet sei die Jugendfeuerwehr, anschließend folge der Übertritt in die Altersabteilungen. In denen ging es bisher eher geruhsam zu. Das soll zwar so bleiben, doch Wissen und Können sollen dort nicht länger brachliegen.

Gall hat zusammen mit den Verbandsvertretern erkannt, dass die demografische Entwicklung im manchmal so beschaulichen Feuerwehrleben

alles aus den Fugen geraten lässt. Im Innenministerium will man zwar nicht am Feuerwehrgesetz rütteln, das ein Ende des aktiven Feuerwehrdienstes mit dem 65. Lebensjahr vorsieht. Doch der 65. Geburtstag eines Feuerwehrangehörigen müsse nicht eine Vollbremsung dessen ehrenamtlichen Engagements von »hundert auf null« bedeuten, heißt es. Ministerium und Verband sehen da bislang ein »verschenktes Potenzial« und prophezeien mit ihrer Kampagne eine »Win-win-Situation« für alle Generationen.

Die erhofften Folgen: Die Aktiven können sich auf ihre eigentliche Arbeit besser konzentrieren, während die Senioren in den Feuerwehren sinnvoll eingebunden bleiben. Auch ein erhoffter Effekt: die Lücke derjenigen Feuerwehrleute aufzufüllen, die abspringen. Vor allem im Alter zwischen 50 und 65 verabschieden sich viele erfahrene Feuerwehrleute aus dem Dienst.

Die über 65-jährigen Kame-

raden sollen in Zukunft dann immer mehr Aufgaben übernehmen. Wie genau das funktionieren soll, ist in einer Handreichung des Innenministeriums beschrieben. Die über 65-jährigen Feuerwehrleute sollen unter anderem Verantwortung in der Öffentlichkeitsarbeit übernehmen, in der Verwaltung oder auch bei Wartungs- und Pflegearbeiten.

Die wichtigste Frage lautet: Dürfen über 65-jährige Feuerwehrangehörige auch an Einsätzen teilnehmen? Vom Innenministerium kommt dazu ein eingeschränktes Ja. Grenzen würde es zum Beispiel geben, wenn Feuerwehrleute per Piepser zum Einsatzort gerufen würden, wenn eine sofortige Präsenz im Feuerwehrhaus nötig sei oder wenn die Feuerwehrleute mit Blaulicht zum Einsatzort eilen müssten. Keine Bedenken gibt es gegen Tätigkeiten wie das Bedienen von Pumpen, bei längeren Einsätzen, Lotsenfunktion, Transportfahrten, Logistik- und Versorgungsaufgaben.

KURZ NOTIERT

Zahl der Frühchen im Land steigt

Stuttgart. Der Anteil der Frühchen an den Lebendgeborenen im Südwesten hat sich im Vergleich zu den 1970er-Jahren verdoppelt. Im Jahr 2011 kamen 0,6 Prozent der Babys sehr früh und mit einem Gewicht von unter einem Kilogramm zur Welt, wie das Statistische Landesamt gestern mitteilte. Grund dafür sei der medizinische Fortschritt in den vergangenen Jahrzehnten. Im Schnitt wog ein Baby im Jahr 2011 etwas mehr als 3300 Gramm.

Kuh springt während Fahrt von Anhänger

Gschwend. Während der Fahrt zum Metzger ist eine Kuh gestern Morgen von einem Anhänger gesprungen und geflüchtet. Bei Gschwend (Ostalbkreis) stürzte das Tier auf die Fahrbahn, rappelte sich auf und verschwand im Wald. Das nützte der Kuh nach Angaben der Polizei jedoch nichts: Schon nach kurzer Zeit wurde das Schlachtier gefunden und unverletzt wieder eingefangen.

Kein Geld: Verbrecher muss ins Gefängnis

Freiburg. Seine Finanznot ist einem mit Haftbefehl gesuchten Verbrecher in Freiburg zum Verhängnis geworden. Der 24-Jährige stieg in der Nacht zum Sonntag ohne Geld in ein Taxi, wie die Polizei mitteilte. Als er am Zielort nicht zahlen konnte, fuhr der Taxifahrer zur Polizei und lieferte seinen Fahrgast dort ab. Dort stellte sich heraus: Nach dem 24-Jährigen wurde mit zwei Haftbefehlen gefahndet. Der Mann muss nun ins Gefängnis.

Fahrer mit vier Promille am Steuer

Tübingen. Mit fast vier Promille intus und einer frisch gekauften Wodkaflasche im Auto ist ein 45 Jahre alter Mann in eine Kontrolle der Tübinger Polizei geraten. Er hatte zudem keine Fahrerlaubnis, wie die Polizei gestern mitteilte. Ein Zeuge habe den Beamten am Sonntagabend einen Hinweis gegeben, die daraufhin eine Streife hinter dem 45-Jährigen herschickten.

MEINUNG DER LESER

Weniger ist oft mehr

Betrifft: »Der Hunger auf Fleisch ist maßlos« auf der Seite Hintergrund vom 11. Januar

Jeder halbwegs interessierte und verantwortungsbewusste Bürger sollte spätestens nach dem Lesen dieses Berichtes über die katastrophalen Folgen des immensen Fleischkonsums aufgeklärt sein und über seine eigene Esskultur nachdenken. Maßlosigkeit nimmt uns die Wertschätzung und Freude für die eigentlich schönen Dinge im Leben. Die ökologische Belastung unseres Planeten mit all ihren Folgen für Mensch, Tier und Natur, nicht nur durch unsere maßlose Ess(un)kultur, werden ignoriert. Wenigstens die Sorge um unsere eigene Gesundheit und die unserer Kinder, vor allem aber die Verantwortung für eine lebenswerte Zukunft unserer Nachkommen, sollte eigentlich Anlass genug sein, den eigenen Lebensstil zu überdenken und zu überlegen, wo man mit etwas mehr Maß und Bescheidenheit im Kleinen dazu beitragen kann, die inzwischen immens angewachsenen globalen Probleme in Angriff zu nehmen.

Gabriele Müller
Altenteig



Essen die Deutschen etwa zu viel Fleisch? Foto: Wittek

Eine gute Portion Fleisch

Betrifft: »Der Hunger auf Fleisch scheint maßlos« auf der Seite Hintergrund vom 11. Januar

Die bildhaft sehr ausdrucks- und informativ gestaltete Berichterstattung hat bestimmt viele Leser erreicht. Das »antibiotische Kapitel« ließ mich folgern: Wenn noch mehr Antibiotika an gesunde Tiere verfüttert werden, könnten man doch im Krankheitsfall

zunächst versuchen, durch den Genuss einer guten Portion Fleisch (eingeschweißt, aus dem Discounter), gesund zu werden. So spart man sich den Gang zum Arzt.

Julia Hilgers
Blumberg

Krankenhäuser stehen im Regen

Betrifft: »Systemfehler« auf der Titelseite vom 9. Januar

Mehr Untersuchungen und mehr Arztstellen führen zu höheren Kosten. Diese können nicht zusätzlich zur Fallpauschale abgerechnet werden. Im Übrigen ist es zurzeit für die Krankenhäuser ein großes Problem, ihre im Stellenplan ausgewiesenen Arztstellen zu besetzen. Hier auf die Politik zu hoffen, ist aussichtslos, da die Politik die Krankenhäuser allein im Regen stehen lässt. Ein weiteres Problem sind darüber hinaus die festgeschriebenen Budgets, die die Krankenhäuser letztlich zu mehr Leistungen zwingen. Auch muss das Krankenhaus wie jeder andere Betrieb wirtschaftlich arbeiten. Wirtschaftlich heißt hier, mit den von den Krankenkassen vorgegebenen Mitteln die bestmögliche Behandlung der Patienten zu erreichen. Das war

und wird auch in Zukunft immer das Ziel der Krankenhäuser sein.

Detlef Seidler
Kandern

So kann es nicht weitergehen

Betrifft: Wahlversprechen

Wie stets vor allen Wahlen überbieten sich unsere Volksparteien mit Wahlversprechen, die sie nicht einhalten können. An der Verantwortung für die notwendig gewordene Schuldenbremse und an dem Desaster der Euro-Finanzkrise kann sich keine verantwortungsbewusste Regierung in Europa mehr vorbeimogeln. Ist es nicht klüger sich mit der Wahrheit zu arrangieren, als mit nicht erfüllbaren Versprechungen zugrunde zu gehen? Würden sich die Unternehmer mit der gleichen Handlungsweise überschulden, wie es die Politik und die Banken machen, könnten sie die Verantwortung nicht auf die Steuerzahler übertragen und nachher noch unangemessen hohe Pension kassieren. Sie würden sich des betrügerischen Bankrotts schuldig und strafbar machen.

Wolfgang Günther
Freudenstadt

25 000 Euro verpulvert

Betrifft: Peer Steinbrück

In dieser Sache möchte ich einmal die andere Seite beleuchten. Da gibt es eine »klamme« Stadt: Bochum, welche für einen Fachvortrag 25 000 Euro zur Verfügung stellt. Ich gehe mal davon aus, dass Peer Steinbrück ein begehrteter Vortragsredner ist. Empörend finde ich allerdings, dass die Stadtverwaltung von Bochum für einen Vortrag, so viel Steuergelder ihrer Bewohner »verpulvert« und sich niemand darüber aufregt. Außer Steinbrück gibt es sicherlich noch weitere Bundestagsabgeordnete, die Vorträge gegen Gebühr halten, aber diese verharren in der »Deckung«.

Werner Dinger
Schramberg



Peer Steinbrück erhielt viel Geld für Vorträge. Foto: Kumm

Indirekter Steuerbetrug

Betrifft: Peer Steinbrück

SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück will nun gegen Steuerbetrüger vorgehen. Da muss er bei sich selber anfangen. Seine hohen Honorare für seine Reden hat er zwar versteuert, aber die Firmen setzten den Betrag zuvor wohl von der Steuer ab. Dadurch reduzieren sich auch die Steuereinnahmen. Ist das nicht indirekter Steuerbetrug? Die Gemeinden könnten dieses Geld besser gebrauchen.

Gisbert Bastek
Weil am Rhein

SCHREIBEN SIE UNS

Leserbriefe müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen. Kürzungen behält sich die Redaktion vor. Richten Sie Ihre Briefe bitte an folgende Adresse:

Schwarzwälder Bote
Redaktionsgesellschaft mbH
Postfach 13 80
78722 Oberndorf a. N.
Fax: 07423/7873
E-Mail: leserbriefe@schwarzwaelder-bote.de

Vergessen Sie bitte nicht Absender und Telefonnummer.